






Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

26.01.05

Rossmann bedauert das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Aufhebung des Studiengebührenverbots

(Berlin) „Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, dem Bund die Rahmenkompetenz für ein bundesweites Studiengebührenverbot abzuerkennen, macht den heutigen Tag zu einem „schwarzen Tag“ für den Hochschulstandort Deutschland und für die Studierenden“, erklärt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Ernst Dieter Rossmann.

Rossmann, der auch in der Debatte im Deutschen Bundestag das Wort ergriffen hat, stellt weiter fest: „Ich warne die CDU-regierten Bundesländer davor, durch die Einführung von Studiengebühren vorschnelle Alleingänge zu machen und die Hochschullandschaft bzw. die Studienbedingungen in Deutschland völlig zu zersplittern.“

Rossmann weist darauf hin, dass sich das Bundesverfassungsgericht nicht inhaltlich gegen das gebühren-

freie Studium ausgesprochen hat. Die SPD-Bundestagsfraktion hält weiterhin an dem Grundsatz fest, dass das Erststudium gebührenfrei bleiben muss. „Bundeseinheitliche Regelungen sind auch zur Sicherung des freien Zugangs zum Studium und zur Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen notwendig“, so Rossmann.

Studiengebühren für das Erststudium sind nach Ansicht des Bildungsexperten sozial ungerecht und kontraproduktiv für unseren Bildungsstandort Deutschland. Während im OECD-Durchschnitt 51% eines Altersjahrgangs ein Studium beginnen, sind es in Deutschland nur 37%. Die rot-grüne Bundesregierung hat es in ihren 6 Jahren Regierungszeit durch die BAföG-Reform und andere Maßnahmen geschafft, den Anteil der Studienanfänger von 28% auf 37% zu erhöhen. Die Einführung von Studiengebühren ohne sozialen Ausgleich würde diesen Prozess konterkarieren. Rossmann: „Wir können es uns nicht leisten, zusätzliche Hürden für die Aufnahme eines Studiums zu errichten, denn der Standort Deutschland braucht in Zukunft mehr hoch qualifizierte Akademiker denn je.“